

Schwerin / Lubmin 18. April 2008 / 22-08

Kein Baubeginn für Steinkohlenkraftwerk Lubmin 2008

Umweltverbände sehen sich durch Kühlwassergutachten des Landes bestätigt und kündigen bei einer Genehmigung Klage an / Land riskiert bei hohe Schadensersatzforderungen

Die Umweltverbände BUND und WWF sehen sich durch die vom Land Mecklenburg-Vorpommern in Auftrag gegebene Kühlwasserstudie des Warnemünder Instituts für Ostseeforschung (IOW) bestätigt. Die Verbände hatten nach ihren eigenen Aussagen bereits im Einwendungsverfahren darauf hingewiesen, dass die von DONG Energy vorgelegte Berechnung die Auswirkungen der Einleitung von warmem Wasser in den Bodden bei weitem nicht ausreichend darstellt. Vor allem der nun auch vom IOW vermutete "Kurzschluss" zwischen dem Peenestrom und dem Bodden würde dazu führen, dass das Ökosystem Bodden komplett umkippt.

Unter allen Fachleuten und unter Juristen besteht Einigkeit, dass eine derart massive Gefährdung eines europäischen Schutzgebiets mit den strengen Vorgaben des europäischen Naturschutzrechts selbst beim Vorliegen überwiegender öffentlicher Interessen nicht vereinbar wäre. Der Anwalt der Umweltverbände, Peter Kremer (Berlin), kündigte daher für den Fall einer Genehmigung bereits jetzt eine entsprechende Klage der Verbände an: "Wenn das Land die Genehmigung erteilt und diese dann auf eine Klage der Umweltverbände vom Gericht aufgehoben wird, kommen auf das Land Mecklenburg-Vorpommern und damit auf den Steuerzahler millionenschwere Schadensersatzforderungen zu."

Die Umweltverbände fordern daher die Landesregierung und DONG Energy auf, das Projekt grundsätzlich zu überdenken. Die Landesgeschäftsführerin des BUND, Corinna Cwielag, erklärt hierzu: "Es zeigt sich zunehmend, dass der Standort für ein derartiges Kraftwerk völlig ungeeignet ist. Nicht nur die fehlende Kraft-Wärme-Kopplung, sondern auch die massiven Auswirkungen auf den Bodden sind mit geltendem Recht nicht vereinbar und würden zu massiven Umweltschädigungen führen. Der Zeitpunkt ist jetzt gekommen, von diesem unsinnigen Vorhaben endgültig Abstand zu nehmen."

"Die Aussagen des Ministerpräsidenten, dass er ?Signale? hätte, die Auswirkungen der geplanten Kraftwerke würden kaum mehr als durch das alte Atomkraftwerk sein oder gar nur in halber Höhe der Planungen für das Steinkohlenkraftwerk liegen, sind nun nicht mehr haltbar." sagt Corinna Cwielag. "Im Gegenteil, das aktuelle Gutachten des IOW berücksichtigt noch nicht mal die 95 Millionen Kubikmeter Salzlösung, die noch zusätzlich aus dem geplanten Erdgasspeicher Moeckow bei Greifswald in den Bodden geleitet werden sollen. Da diese Planungen bekannt sind, sind sie auch in die Prüfung einzubeziehen. Das alles steht noch aus. - Wir sind sicher, dass eine Naturschutzklage gegen die Genehmigung erfolgreich sein wird."

Für Rückfragen: BUND, Corinna Cwielag, Tel:0385 565470 bzw. 0178 5654700
BUND MV Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Zum Bahnhof 20
19053 Schwerin
Tel.: 03 85 / 56 54 70
Fax: 03 85 / 56 36 61
E-Mail: bund.mv@bund.net

Liebe Klimafreundin, lieber Klimafreund,

in Hamburg haben die Grünen einen Teilerfolg erzielt: Die CDU konnte im Koalitionsvertrag den Bau des Kohlekraftwerks NICHT durchsetzen. Vielmehr einigten sich die Parteien darauf, einen Investor für ein Gaskraftwerk und das Fernwärmenetz der Hansestadt zu suchen. Dieses Ergebnis ist angesichts der massiven Einschüchterungsversuche des Energiekonzerns Vattenfall ein positives Klima-Signal für ganz Deutschland.

Während der Koalitionsverhandlungen hat der BUND gemeinsam mit Ihnen stetigen Druck gegen den Bau des Klimakillers ausgeübt. Allein in unserer E-Mail-Aktion haben mehr als 2.800 Menschen diese grüne Verhandlungsposition gestärkt. Vielen Dank für die Unterstützung!

Der BUND wird weiter für eine klimafreundliche Energiepolitik in Hamburg streiten. Denn eine klare Absage an das Kohlekraftwerk gibt es noch nicht. Die Koalitionsvereinbarung verweist vielmehr auf das laufende Genehmigungsverfahren. Eine wasserrechtliche Genehmigung des Kohlekraftwerks darf es unter der grünen Umweltsenatorin Anja Hajduk nicht geben!

Und Hamburg ist kein Einzelfall. Weitere 26 Kohlekraftwerke drohen die Klimaschutzziele Deutschlands ad absurdum zu führen. Der BUND kämpft mit seinen fast 2.000 Gruppen und Ihrer Hilfe an jedem einzelnen Standort.

Falls Sie in der Nähe von Mainz wohnen, können Sie diesen Samstag ein Zeichen für den Klimaschutz setzen: Der BUND, die Initiative Kohlefreies Mainz und viele weitere Organisationen rufen zu einer Großdemonstration gegen ein Kohlekraftwerk Ingelheimer Aue auf. Mehr Informationen unter <http://www.bund-rlp.de/>

Herzliche Grüße
Thorben Becker und Tine Jäger
für das BUND Klimateam

<http://www1.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/lubmin128.html>

Mecklenburg-Vorpommern
Studie: Kraftwerk Lubmin hat massiven Einfluss auf Bodden

Das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin hat offenbar größere Auswirkungen für den Greifswalder Bodden als in den Antragsunterlagen des dänischen Investors Dong Energy angegeben. Vor allem die Kühlwassereinleitung sei weitaus folgenreicher als bisher angenommen, sagte Umweltminister Till Backhaus (SPD) unter Berufung auf erste Ergebnisse eines Zwischenberichts des Warnemünder Instituts für Ostseeforschung (IOW) am Donnerstag in Schwerin. Er wies außerdem darauf hin, dass die derzeit vorliegenden Ergebnisse der Studie sich lediglich auf physikalische Effekte bezögen. Rückschlüsse auf die ökologischen Auswirkungen werde erst der Abschlussbericht des IOW im Mai geben.
Mindestens ein neues Gutachten erforderlich

Backhaus kündigte an, dass wegen der nun vorliegenden IOW-Berechnungen mindestens ein weiteres Gutachten erforderlich sei. Trotz der neuen Erkenntnisse halte er einen Baubeginn des Kraftwerks im Dezember noch für möglich. Der Studie zufolge ist die Ausbreitung der Kühlwasserfahne deutlich größer als bisher angenommen. Wegen der Entnahme und Rückleitung von Kühlwasser entstünden zudem Strömungen, die bislang nicht beachtet wurden. Außerdem gebe es Anhaltspunkte für eine Umleitung von Wasser des Peenestroms in den Bodden, so Backhaus.

Das IOW-Gutachten ist Bestandteil des Genehmigungsverfahrens zum Kraftwerksbau und wurde vom Staatlichen Amt für Umwelt und Natur (StAUN) Stralsund in Auftrag gegeben. Der Energiekonzern Dong Energy plant in Lubmin den Bau eines Steinkohlekraftwerks mit zwei Blöcken mit jeweils 800 Megawatt Leistung. Das rund zwei Milliarden Euro teure Kraftwerk soll 2012 ans Netz gehen.
Stand: 17.04.2008 19:13

Freitag, 18. April 2008 | Titelseite

Studie: Kraftwerk heizt Ostsee vor Rügen auf

- Landesregierung gab neues Gutachten in Auftrag
- Kohlemeiler erhöht Blaualgen-Gefahr an den Küsten
- Seebädern droht Aberkennung ihres Status

Schwerin (OZ) Eine bislang unveröffentlichte Studie zum umstrittenen Steinkohlekraftwerk Lubmin sorgt für dicke Luft in der Schweriner Landesregierung: In einer eilig einberufenen Pressekonferenz stellte Umweltminister Till Backhaus (SPD) gestern Nachmittag Details eines Umwelt-Gutachtens des Leibniz-Instituts für Ostseeforschung Warnemünde (IOW) vor.

Die erste von der Landesregierung veranlasste Studie zum geplanten Kraftwerksbau, die am 15. Mai vollständig vorliegen soll, kommt zu dem Zwischenergebnis, dass der Kohlemeiler erhebliche Auswirkungen auf die Wassertemperatur der Ostsee haben wird. Laut Backhaus wird die Kühlwasserfahne „deutlich breiter“ und damit „anders“ sein als vom Investor Dong Energy angegeben. Auf die Frage, ob er den Angaben des dänischen Stromkonzerns nicht mehr traue, antwortete Backhaus: „Ich will mich nicht nur auf Antragsunterlagen verlassen.“ Was der Minister nicht sagte: Aus dem Gutachten, das unter Leitung von Professor Hans Burchard im Auftrag des Staatlichen Amtes für Natur und Umwelt (StAUN) Stralsund erstellt wurde und das OZ in Auszügen bekannt ist, geht hervor, dass das erhitzte Kühlwasser entgegen bisheriger Berechnungen auch die Strände der Insel Rügen erreichen wird. Aus informierten Kreisen verlautete, dies erhöhe die Gefahr der Bildung von giftigen Blaualgen. Diese könnten insbesondere die Ostseebäder zwischen Binz und Thiessow auf Rügen bedrohen und deren Seebadstatus gefährden. Baden wäre

dann nicht mehr möglich – und damit eine Baugenehmigung ausgeschlossen.

Offiziell erklärte Backhaus gestern, die ökologischen Folgen der größeren Kühlwasserfahne werde das IOW erst Mitte Mai vorlegen. Die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse ließen noch „keine Rückschlüsse auf die Genehmigung“ zu. Backhaus kündigte aber an, mindestens noch ein weiteres Gutachten in Auftrag geben zu wollen. „Wenn Dong alle notwendigen Unterlagen nachreicht, kann der Baubeginn im Dezember dieses Jahres noch gehalten werden“, sagte der Minister.

Direkt am Kraftwerk wird das Kühlwasser im Schnitt sieben Grad Celsius wärmer als das umliegende Wasser in die Ostsee einfließen – insgesamt bis zu 352 000 Kubikmeter pro Stunde. Bereits im Juni 2007 warnte eine unabhängige Studie der Technischen Universität Berlin vor den ökologischen Auswirkungen auf die Haupturlaubsgebiete Rügen und Usedom (OZ berichtete). Lubmins Bürgermeister Klaus Kühnemann (parteilos) sagte, die nun vorliegenden Ergebnisse bestätigten die Kraftwerksgegner in ihrer Annahme, auch anderen Angaben von Dong Energy zu misstrauen.

Seite 2: Kommentar

JÖRG KÖPKE

17.04.2008 | TRS,MV

Studie: Kraftwerk würde Bodden verändern

Eine neue Studie Instituts für Ostseeforschung stellt die Angaben des Investors Dong Energy in Frage: Offenbar hätte das geplante Kraftwerk massiven Einfluss auf Greifswalder Bodden. Das Umweltministerium verlangt ein weiteres Gutachten.

Schwerin (ddp) Das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin hat offenbar größere Auswirkungen für den Greifswalder Bodden als in den Antragsunterlagen des dänischen Investors Dong Energy angegeben. Vor allem die Kühlwassereinleitung sei weitaus folgenreicher als bisher angenommen, sagte Umweltminister Till Backhaus (SPD) unter Berufung auf erste Ergebnisse eines Zwischenberichts des Warnemünder Instituts für Ostseeforschung (IOW) heute in Schwerin. Er wies zugleich darauf hin, dass die derzeit vorliegenden Ergebnisse der Studie sich lediglich auf physikalische Effekte beziehen würden. Rückschlüsse auf die ökologischen Auswirkungen werde erst der Abschlussbericht des IOW im Mai geben.

Backhaus kündigte an, dass wegen der nun vorliegenden IOW-Berechnungen mindestens ein weiteres Gutachten erforderlich sei. Trotz der neuen Erkenntnisse halte er einen Baubeginn des Kraftwerks im Dezember noch für möglich.

Der Studie zufolge ist die Ausbreitung der Kühlwasserfahne deutlich größer als bisher angenommen. Durch die Entnahme und Rückleitung von Kühlwasser entstünden zudem Strömungen, die bislang nicht beachtet wurden. Gleichzeitig gebe es Anhaltspunkte für eine Umleitung von Wasser des Peenestroms in den Bodden, sagt Backhaus.

Das IOW-Gutachten ist Bestandteil des Genehmigungsverfahrens zum Kraftwerksbau und wurde vom Staatlichen Amt für Umwelt und Natur (StAUN) Stralsund in Auftrag gegeben.

Der Energiekonzern Dong Energy plant in Lubmin den Bau eines Steinkohlekraftwerks mit zwei

Blöcken mit jeweils 800 Megawatt Leistung. Das rund zwei Milliarden Euro teure Kraftwerk soll 2012 ans Netz gehen.

Freitag, 18. April 2008 | Politik

Neues Gutachten zu Lubmin

Komödiantisch

„Selbstverständlichkeiten aus dem Hause Backhaus“ – so kommentierte gestern Abend Ex-Umweltminister Wolfgang Methling (Linke) das Vorgehen seines SPD-Amtsnachfolgers in Sachen Kohlekraftwerk Lubmin. Und in der Tat: Was sich gestern zwischen spätem Vormittag und frühem Abend auf der Schweriner Paulshöhe zutrug, macht stutzig und verdient aufrichtig das Etikett „Komödiantenstadl“.

Nervös rutschte Till Backhaus während der eilig einberufenen Pressekonferenz auf seinem Stuhl hin und her, flankiert von der gesamten Hausspitze inklusive Staatssekretär und persönlichen Referenten. So etwas passiert eigentlich nur dann, wenn eine politische Sensation bevorsteht. Doch nichts dergleichen geschah. Stattdessen verkündete Backhaus einer verdutzten Journalistenschar, es gebe da ein neues Umweltgutachten. Dies sei aber noch nicht fertig. Aussagen zu ökologischen Folgen könne man sowieso noch nicht treffen. Kurz: eine Aneinanderreihung von Absonderlichkeiten. Hinzu kam, dass Backhaus einmal sagte, er kenne den Zwischenbericht erst seit wenigen Stunden. Dann wiederum hieß es, sein Haus habe bereits einen Tag zuvor überlegt, eine Pressekonferenz zu geben.

Fakt ist: Das Gutachten, vor allem aber dessen Tragweite für das Genehmigungsverfahren, war Insidern seit Tagen bekannt. Erst eine Anfrage der OZ, die bereits über Detailkenntnisse verfügte, veranlasste Backhaus zu reagieren. Ist das die Transparenz, die die Landesregierung propagiert?

Nachricht auf Seite 1

JÖRG KÖPKE

Freitag, 18. April 2008 | Politik

HINTERGRUND

Holz hilft der Politik aus dem Biosprit-Debakel

Nicht mehr aus Getreide, sondern aus Abfällen soll der Biosprit künftig entstehen. Die Kanzlerin nahm gestern die erste Anlage in Sachsen in Betrieb. Eine weitere könnte in Lubmin entstehen.

Berlin (OZ) /Freiberg Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigt sich im sächsischen Freiberg schwer beeindruckt. Aus Holzabfällen produziert die Choren Industries GmbH auf der weltweit ersten kommerziellen Anlage Biokraftstoff der zweiten Generation. Die Anlage ging vor den Augen der prominenten Besucherin in Betrieb. Etwa 18 Millionen Liter Biodiesel sollen hier hergestellt werden. Genug, um den Jahresbedarf von etwa 15 000 Autos zu decken. **Eine von fünf**

Großanlagen mit einer Kapazität von 200 Millionen Litern und 750 Arbeitsplätzen sei weiter für den Standort Lubmin bei Greifswald im Gespräch, sagte gestern eine Choren-Sprecherin.

Biosprit der ersten Generation, der etwa aus hochwertigem Getreide, wie Mais, Weizen oder Raps, entsteht, ist in Verruf geraten, weil er mit für die dramatische weltweite Verteuerung und Verknappung von Lebens- und Futtermitteln verantwortlich gemacht wird. „Vom Königsweg in die Hölle“, beschreibt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) gegenüber der OSTSEE-ZEITUNG den rasanten Akzeptanzverlust gegenüber dem nachwachsenden Kraftstoff. Was bis vor wenigen Monaten noch als klimafreundliche Alternative zum Erdöl gefeiert wurde, gilt heute vielen als Teufelszeug, auf das man am besten ganz verzichten sollte. Dabei hat der weltweite Biosprit-Hunger, vor allem in den reichen Industriestaaten, die Probleme von Hunger oder Abholzung von Regenwäldern nicht verursacht, sondern „nur“ verschärft. Auch Merkel meint, dass der Anstieg der Lebensmittelpreise im Wesentlichen nicht auf den Einsatz von Biokraftstoffen zurückzuführen sei.

Der frühere Chef des UN-Umweltprogramms (UNEP), Klaus Töpfer, sieht die Ursachen vielmehr in einer seit Jahrzehnten verfehlten Landwirtschaftspolitik. Weil die USA etwa 40 Millionen Tonnen Mais nicht für die Nahrung, sondern für die Spritproduktion verwenden, explodierte der Preis. Einen Ausweg aus dem Dilemma zeigt die Biosprit-Anlage in Sachsen auf. Die hier verwendeten Rohstoffe aus Holz haben keine negativen Auswirkungen auf Lebensmittel- und Futterpreise, erläutert Gabriel. „Der Biosprit der Zukunft wird nicht aus Getreide, sondern aus Abfällen entstehen“, sagt Gabriel. Die in Deutschland verfügbare Biomasse reiche aus, um 20 Prozent des heutigen Kraftstoffbedarfs zu decken. Die EU hat beschlossen, den Anteil von Biokraftstoffen bis 2020 auf zehn Prozent zu erhöhen. Dass Gabriel vor kurzem die eigentlich geplante Beimischungsquote für Bioethanol in Benzin zurücknehmen musste, hatte dagegen vor allem mit der mangelnden Verträglichkeit in älteren Autos zu tun. Biodiesel der zweiten Generation, wie er in Freiberg hergestellt wird, ist von gleichbleibend guter Qualität, kristallklar. Er verbrennt nahezu rußfrei, ist schadstoffarm und schadet modernen Rußfiltern nicht, freut sich auch Bundesverkehrs- und Aufbau-Ost-Minister Wolfgang Tiefensee (SPD), der die Anlage in Freiberg gefördert hat.

Zweite Generation

Aus vier Kilogramm Holz oder anderer Biomasse entsteht in Freiberg in einem aufwendigen Verfahren ein Liter Bio-Diesel. Anders als bei herkömmlichen Verfahren, bei denen etwa hochwertiger Mais, Weizen oder Raps in Bio-Ethanol bzw. -Diesel der ersten Generation umgewandelt werden, wird hierbei Biomasse genutzt, die nicht für Nahrungszwecke verwendet wird. Erfunden hat das Verfahren der Ingenieur Bodo Wolf. Der Biodiesel-Hersteller Choren kooperiert mit dem Öl-Konzern Shell sowie Volkswagen und Mercedes.

REINHARD ZWEIGLER

Brechts Warnung

Zur Diskussion über die angeblich drohende Stromlücke erklärt
Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

"Die gegenwärtig massiv verbreitete Stromlücken-Lüge erinnert an Bertolt Brecht, der einmal sagte, eine Lüge mache sich unsichtbar dadurch, dass sie besonders große Ausmaße annehme. Das versucht gerade die Stromlobby.

Der Chef der Deutschen Energie-Agentur (Dena), der sich inzwischen

offenbar vor allem als Helfer dieser Lobby begreift, hat die Katze aus dem Sack gelassen. Ziel der Stromlücken-Kampagne ist es durchzusetzen, dass Kohlekraftwerke auch in Zukunft ihre CO₂-Emissionen kostenlos in die Atmosphäre pusten dürfen. Die Energieoligopolisten finden es verständlicherweise sehr attraktiv, den Verbrauchern und der Strom verbrauchenden Wirtschaft Zertifikate in Rechnung zu stellen, für die sie selbst nie etwas bezahlt haben. Auf diese Milliarden-Sondergewinne wollen sie nicht verzichten und deswegen muss man der Öffentlichkeit und der Politik einen gehörigen Schrecken einjagen.

Gegen die Behauptung von der Stromlücke sprechen Fakten: Es ist mehr Stromeinsparung möglich als die Dena rechnet. Durch ein gescheites Lastmanagement bei der Stromlastfrage ist eine Entlastung von 5000 Megawatt möglich. Innovative Technologien der Stromspeicherung werden zum Zuge kommen. Das heutige Niveau des Stromexports muss nicht fortgeschrieben werden. Der Beitrag der erneuerbaren Energien zur gesicherten verfügbaren Leistung wird größer sein als die Dena wahrhaben will.

Die Mär von der Stromlücke dient einer klimapolitischen Gegenreformation der etablierten Interessen. Schade, dass Sigmar Gabriel sich nicht entscheiden kann, einfach mal, ganz ohne Tricks, auf der Seite der ökologischen Verantwortung zu stehen.“

Donnerstag, 17. April 2008 | Politik

Schwarz-grüner Dampfer in Hamburg ausgedockt

Nach einmonatigen Verhandlungen sind sich Christdemokraten und Grüne in Hamburg grundsätzlich über einen Koalitionsvertrag einig.

Berlin (dpa) . Laut „Welt online“ sollen sich beide Seiten geeinigt haben, das umstrittene Kohlekraftwerk durch ein Gaskraftwerk zu ersetzen. Das im Stadtteil Moorburg geplante Steinkohlekraftwerk könne entfallen, wenn sich eine Firma finde, das ein solches Gaskraftwerk errichten wolle. Im Gegenzug solle die zunächst von den Grünen bekämpfte Elbvertiefung erfolgen.

Donnerstag, 17. April 2008 | Titelseite

32 000 mal Nein zum Kraftwerk in Lubmin

Schwerin (OZ/AP) Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern muss sich wohl erneut mit dem geplanten umstrittenen Steinkohlekraftwerk Lubmin an der Ostseeküste befassen. Gegner des Zwei-Milliarden-Vorhabens des dänischen Investors Dong Energy haben gestern in Schwerin 32 000

Unterschriften an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider übergeben. Das ist etwa die doppelte Anzahl der nötigen Unterschriften für eine Volksinitiative, die den Landtag dazu drängen will, das Thema zu erörtern. Zunächst werden die Unterschriften aber vom Landeswahlleiter auf ihre Gültigkeit geprüft. Ursprünglich sollte bereits in diesem Jahr mit dem Kraftwerksbau begonnen werden. Das Vorhaben stößt wegen der befürchteten Auswirkungen auf Umwelt und Tourismus unter anderem bei Umweltverbänden, der Linkspartei, den Grünen und regionalen Tourismusverbänden auf Widerstand.

Donnerstag, 17. April 2008 | Ostseebäder

Sellin unterstützt Klage gegen Kohlekraftwerk

Sellin Die Selliner wollen die Thiessower bei ihrer beabsichtigten Klage gegen den Bau des Steinkohlekraftwerkes in Lubmin unterstützen. Das haben die Gemeindevertreter während ihrer Sitzung am Dienstag beschlossen und auch gleich die Höhe der finanziellen Unterstützung zur Begleichung der Verfahrenskosten festgelegt: einmalig 5000 Euro.

Die Thiessower wollen stellvertretend für die Gemeinde des Rügener Südostens gegen den Bau des Steinkohlekraftwerkes klagen und hofft dabei auf die moralische und finanzielle Unterstützung der Kommunen. Mit Verfahrenskosten in einer Höhe von 42 000 Euro wird in diesem Zusammenhang gerechnet. CMH.

Donnerstag, 17. April 2008 | Politik

Umgang mit Kraftwerksgegnern

Unrühmlich

32 000 Unterschriften wider das Steinkohlekraftwerk in Lubmin. Das ist eine Menge Holz. Die Listen wurden gestern Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider übergeben. Geballter Bürgerwille, dem sich der Landtag jetzt stellen muss. 15 000 Unterschriften hätten genügt, um die parlamentarische Debatte zu erzwingen.

Es ist unrühmlich für die Schlossherren in Schwerin, dass das Volk zu ihnen kommen muss. Umgekehrt würde ein Schuh draus. Die Menschen in Lubmin, auf Usedom und Rügen erwarten, dass die Kraftwerks-Politiker sich vor Ort die Sorgen der Bürger anhören und sich deren Fragen stellen. Gerade, weil es sich nicht um irgendeine Investition handelt. Zwei Milliarden Euro will der dänische Stromkonzern Dong Energy in den Kraftwerksneubau stecken. Bei einem solchen Volumen können Politiker eines strukturarmen Landes ins Verzücken geraten. Den Bodenkontakt sollten sie nicht verlieren. Der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister sind als eifrige Befürworter besonders gefordert. Die „Urknall“-Investition muss Chefsache auch im Disput mit den Bürgern sein, und diese sich nicht darin beschränken, das Kraftwerk in geschlossenen Zirkeln und Politshows zu preisen.

Die Bürgerinitiative und der Umgang mit ihr sind längst zur Bewährungs- und Belastungsprobe für das Klima in unserer Demokratie geworden. Politik-Verdrossenheit, Wahl-Desinteresse und Bürger-

Tatenlosigkeit lauern hinter jeder Unterschrift.

Nachricht auf Seite 1

THOMAS SCHWANDT

Mittwoch, den 16. April 2008
Pressemitteilung, Umwelt und Verkehr
Kohlestrom aus Lubmin soll nach Österreich exportiert werden
Schwerin. „Von den Alpen bis an die Ostsee“ – unter diesem Motto kämpfen Bündnis 90/Die Grünen jetzt überregional gegen das Steinkohlekraftwerk in Lubmin.

Grüne starten überregionale Initiative gegen Klimakiller

Nachdem bekannt wurde, dass sich die Lübecker Stadtwerke mit einer Summe von 30 Millionen Euro an den Investitionen für das Lubminer Kraftwerk beteiligen wollen, wiesen Bündnis 90/Die Grünen am Donnerstag in Schwerin darauf hin, dass mindestens sieben weitere Stadtwerke eine Beteiligung an dem Steinkohlekraftwerk planen.

Die Beteiligung habe für die Stadtwerke selber meist ganz praktische Gründe, so die Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, Ulrike Berger: „Das meiste Geld lässt sich mit Strom in der Erzeugerstufe verdienen. In Österreich hat der Stromimport aus Lubmin einzig und allein den Zweck, die heimischen Strompreise drücken.“ Das wolle beispielsweise die Innsbrucker IKB-AG durch eine Option für Strombezug aus Lubmin erreichen. Eine „saubere Lösung“, so Berger sarkastisch, „und die CO₂-Bilanz Österreichs wird auch nicht belastet“.

Durch die Beteiligung können die Stadtwerke die Klimabilanz ihrer Heimatregionen beschönigen. Wer kein Steinkohlekraftwerk vor der Haustür hat, muss auch nicht fürchten, dass seine Region als Klimakiller in die Schlagzeilen gerät.

Um diese Verflechtungen auf zu decken, haben sich folgende Kreisverbände der Bündnisgrünen im Kampf gegen das Steinkohlkraftwerk Lubmin zusammen geschlossen: aus Deutschland Greifswald und Ostvorpommern, Lübeck, Bad Vilbel, Mühldorf, Traunstein, Viernheim, Schwabach, Vogelsbergkreis und aus Österreich Innsbruck sowie Salzburg.

Mit der internationale Zusammenarbeit innerhalb der Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen könne aufgezeigt werden, dass die Verlagerung klimafeindlicher Anlagen das Gesamtproblem nicht verringere, hofft Berger.

Hintergrund:

In der EU ist inzwischen der Emissionshandel eingeführt worden. Dabei müssen Unternehmen CO₂-Zertifikate besitzen, um Kohlendioxid ausstoßen zu dürfen.

Ab 2013 werden alle Zertifikate versteigert. Dadurch wird sich ein festgelegter Preis pro Tonne für den CO₂-Ausstoß ergeben. Der Strompreis aus der Kohleverstromung dürfte sich dann so stark erhöhen, dass er langfristig über dem der Windkraft liegen wird. Schon jetzt wird der Preis der bereits bestehenden CO₂- Zertifikate auf die Kunden umgelegt: Obwohl diese für die Stromkonzerne noch praktisch kostenlos sind, da sie fast vollständig einfach nach Bedarf verteilt wurden.

Strom-Begehren verwundert nicht

Dr. Mignon Schwenke aus Greifswald schreibt zum geplanten Bau des Steinkohlekraftwerks:

B90/Die Grünen verbreiten, dass mehrere Stadtwerke, sogar aus Österreich, Strom von Dong Energys geplantem Steinkohlekraftwerk kaufen wollen. Ich wundere mich darüber nicht. Von Anfang an war klar, dass die Region den Strom nicht braucht. Also wohin damit? Seit Monaten wirbt Dong bei Stadtwerken um Abnahme des Stroms. Leser der Zeitung Energiewirtschaft wissen das. Ich hoffe sehr, dass Dong Energy aber die Rechnung ohne Wirt gemacht hat. Es gibt gute Gründe, die Genehmigung zum Bau des Kraftwerkes zu versagen. Allein die knapp 30 000 Unterschriften unter der Volksinitiative gegen das Kraftwerk zeigen, dass das öffentliche Interesse ganz anders aussieht als uns Landesregierung, FDP und CDU und auch Unternehmerverbände Glauben machen wollen. Dass Österreich nun auch unter den potentiellen Abnehmern des Kohlestroms ist, zeigt die ganze Schizophrenie dieser Haltung. Seit Jahren kämpfen die Tourismusregionen dort um den Erhalt der Alpengletscher und warnen vor den Klimaschäden. Glauben die denn, dass CO2 vor den Alpen halt macht? Auch wenn das Steinkohlekraftwerk nicht vor der eigenen Haustür steht – das Klima wird auch in Österreich Schaden nehmen.

Mittwoch, 16. April 2008 | Ostseebäder

Baabe: Abgeordnete wählen neuen Stellvertreter des Bürgermeisters

Baabe Die Gemeindevertreter von Baabe kommen morgen zu ihrer nächsten öffentlichen Sitzung zusammen. Mit der wird um 19 Uhr in der Lesegalerie des „Haus des Gastes“ im Kurpark des Ostseebades begonnen. Die Abgeordneten wollen an diesem Abend einen neuen zweiten Stellvertreter des Bürgermeisters wählen. Außerdem haben sie darüber zu entscheiden, ob sich die Gemeinde der Klage gegen den Bau des Steinkohlekraftwerkes in Lubmin anschließt. Thiessow will stellvertretend für alle Kommunen des Rügener Südosten auf dem Verwaltungsrechtsweg gegen das Projekt von Dong Energy vorgehen. Weitere Themen des Abends sind beispielsweise der Beitritt der Kommune zum Landschaftspflegeverband Rügen, die Nutzungsordnung für das „Haus des Gastes“ und die Benennung von Vertretern für die Arbeitsgruppe zur Bildung eines Kooperationsunternehmens Kurwesen. Zudem wird Bürgermeister Dieter Mathis in seinem Bericht über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde informieren.

Mittwoch, 16. April 2008 | Titelseite Stralsund

„Kunst gegen Kohle“ in der Bioinsel

Stralsund Während heute in Schwerin mehr als 32 000 Unterschriften der Kohlkraftwerksgegner an den Landtag übergeben werden, treffen sich die lokalen Kraftwerksgegner zu einer besinnlichen Runde in der Bioinsel. Unter dem Motto „Kunst gegen Kohle“ wird um 19.30 Uhr erstmals in Stralsund das neu gegründete Trio „Querbeet“ mit Kristin Löper an der Geige, Albrecht Mantei an

der Gitarre und Christian Rudolph (percussion) auftreten. Sie werden dabei nicht nur Jazz und Irische Songs spielen, sondern auch jiddische Lieder. Dazu wird der Schauspieler Björn Brakelsberg Texte lesen. Michael Woitacha und Chris Labouvie von der Bürgerinitiative „Kein-Kohlekraftwerk Lubmin“ werden von der Unterschriftenübergabe berichten und nächste Schritte mitteilen.

BUND wirft Vattenfall Erpressung bei Kohlekraftwerk Moorburg vor (10.04.2008)

Hamburg/Berlin: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) wirft dem Energieunternehmen Vattenfall vor, sein geplantes klimaschädliches Kohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg mit Erpressung durchsetzen zu wollen.

Die Drohung mit Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe im Fall einer Nichtgenehmigung des Baus entbehre jeder Grundlage, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger in Berlin: "Wenn es Schule macht, dass Unternehmen ohne das Vorliegen aller Genehmigungen Industrieanlagen in die Welt setzen und bei einem Baustopp ihre bis dahin entstandenen Kosten der Allgemeinheit in Rechnung stellen, werden sämtliche Genehmigungsbehörden Deutschlands zu Geiseln der Wirtschaft", sagte Weiger.

Vattenfall habe die Bauarbeiten am Standort Moorburg auf eigenes Risiko begonnen. Dies gehe eindeutig aus der Vereinbarung zwischen dem Energieunternehmen und der Stadt Hamburg vom 4. Dezember 2007 hervor, die mit dem Satz "Für den Fall der Genehmigung dieses Kraftwerks vereinbaren die Vertragsparteien..." beginne. Zusätzlich habe Vattenfall bereits am 28. September 2007 eine Risikoübernahmeerklärung einschließlich der Verpflichtung zur Wiederherstellung des früheren Zustandes des Baugeländes abgegeben, falls es nicht zu allen erforderlichen Genehmigungen komme.

Entsprechend diesen Vereinbarungen habe Vattenfall kein Recht, Schadensersatzansprüche gegenüber der Stadt Hamburg oder der öffentlichen Hand abzuleiten. Vattenfall müsse seine Unternehmensstrategie endlich überdenken und in umweltfreundliche Stromerzeugungsanlagen investieren. Das Kraftwerk in Hamburg-Moorburg würde nach Berechnungen von Experten den CO₂-Ausstoß der Hansestadt um etwa 40 Prozent erhöhen und wäre damit eine extrem klimaschädliche Investition.

Der BUND rechnet mit einer Ablehnung der Baugenehmigung für das Kraftwerk auch aufgrund der wasserrechtlichen Probleme. Folgen wären die Erwärmung der Elbe sowie eine Schädigung geschützter Fischarten. Zudem würden im Kühlkreislauf Kleinstlebewesen abgetötet, die die Sauerstoffsituation im Gewässersystem zusätzlich verschlechterten.